

Medienmitteilung

Thema	Budget 2021: Stadtrat hat kein Gehör für schrille Alarmglocken	
Für Rückfragen	Shaibal Roy, RPK-Mitglied Isabel Garcia, Fraktionspräsidentin	+41 76 336 19 77 +41 79 652 85 19
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, Zurlindenstrasse 134, 8003 Zürich E-Mail info.zurich@grunliberale.ch , www.zurich.grunliberale.ch	
Datum	22. September 2020	

Der Stadtrat budgetiert für 2021 erwartungsgemäss einen überschaubaren Aufwandüberschuss von 97,7 Millionen Franken. Dabei spielen die geschätzten Folgewirkungen der Corona-Pandemie in der Sozialhilfe sowie Unterstützungsleistungen für Kulturinstitutionen und in der Stadtentwicklung gegenüber den Auswirkungen der Steuervorlage 17 und dem erhöhten Personalaufwand im Schulamt nahezu eine untergeordnete Rolle. Das Stadtspital Waid und Triemli scheint wieder auf Kurs zu sein, um seine Ertragsbasis weiter auszubauen. Einmal mehr scheint sich der Stadtrat jedoch hinsichtlich der Planjahre 2022-2024 aufgrund der komfortablen Eigenkapitaldecke in Passivität zu üben. Die Grünliberalen fordern vom Stadtrat einen Massnahmenplan, welcher die Eigenkapitalbasis schützt und einen kontrollierten Anstieg der langfristigen Verschuldung vorsieht. Dies damit die Stadt für Unvorhergesehenes wie eine zweite Corona-Infektionswelle oder eine Rezession gerüstet ist.

Per Ende 2020 prognostiziert der Stadtrat entgegen der Budgetierung einen Aufwandüberschuss im «tiefen dreistelligen Millionenbetrag», angesichts der akuten Covid-19-Krise ein durchaus akzeptables Ergebnis. Ebenso kann das Budget 2021 mit einem ähnlichen Aufwandüberschuss als erwartungsgemäss bezeichnet werden. Dies gilt jedoch nicht mehr für die Planjahre - im Gegenteil: Hier lässt der Stadtrat eine aktive Steuerung der Bilanz und Aufwandkontrolle völlig vermissen lässt. Wenn das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Jahresergebnis 2020 bis 2024 von aktuell 1,5 Milliarden auf unter CHF 700 Millionen halbiert wird und gleichzeitig die langfristigen Schulden von 4,4 Milliarden auf 8,7 Milliarden fast verdoppelt werden, dann läuten die Alarmglocken schon längst schrill. Doch der Stadtrat scheint dafür kein Gehör zu haben, mit einem knappen Satz kündigt er ab 2022 geplante Ergebnisverbesserungen an. Das reicht nicht, es müssen jetzt entsprechende strukturierte Massnahmenpläne koordiniert über alle Departemente erarbeitet und präsentiert werden.

Kein aktives Krisenmanagement vorhanden

Der Stadtrat offenbart selber, die finanzpolitischen Grundsätze und Richtwerte temporär nicht einhalten zu können, doch was er dagegen unternimmt, bleibt unklar. Eine grosse Ungewissheit herrscht über die Entwicklung der Steuereinnahmen, da diese vom Konjunkturverlauf abhängen. Der Stadtrat scheint sich jedoch weiterhin auf optimistische Prognosen und somit steigende Einnahmen zu verlassen. Eindrücklich hat uns doch das turbulente Jahr 2020 aufgezeigt, dass es auch mal schlechter kommen kann als erwartet – das subsidiäre aber finanziell auch reaktive und unkontrollierte Krisenmanagement hat bewiesen, dass die Führung der Stadt für eine solche Krisensituation nicht bereit war - doch Bevölkerung und Unternehmen brauchen besonders in ungewissen Zeiten Planungssicherheit. Die Grünliberalen fordern deshalb den Stadtrat vehement dazu auf, mehr als bloss die Summe der Departementeingaben im Budget wiederzugeben. Wir erwarten vielmehr eine strukturierte Budgetierung mit Zielvorgaben und eine konsequente Ausgabenpriorisierung. Nur so kann langfristig auch eine krisenfähige Eigenkapitaldecke erhalten bleiben, die Verschuldung kontrolliert und der Steuerfuss stabil gehalten werden.

Weniger Verwaltungs(auf-)bau, mehr proaktives Ressourcenmanagement

Die Investitionstätigkeit bleibt auch 2021 mit fast 1,5 Milliarden Franken auf den ersten Blick erfreulich hoch, aber leider fliesst zu wenig in Infrastrukturprojekte für bspw. Langsamverkehrs- und Hitzeminderungsmaßnahmen. Der Löwenanteil der Investitionen fliesst in den Erwerb und die Erstellung von Liegenschaften der Stadtverwaltung. Die GLP wünscht sich effizientere und effektivere Prozesse zur Freisetzung von Ressourcen für die wachsende Stadt und deren klimatischen Herausforderungen.

Der Personalaufwand steigt bereits 2021 auf über 3 Milliarden Franken und übersteigt damit die Steuereinnahmen von etwas über 2,9 Milliarden Franken. Diese Rechnung kann langfristig nicht aufgehen.

Die GLP unterstützt neue Stellen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung – also dort, wo es die wachsende Bevölkerung bedingt. Jedoch darf das Stellenwachstum nicht überproportional zum Bevölkerungswachstum sein. Bei Bedarf muss an anderen Stellen kompensiert werden. Ebenfalls erwarten wir im Rahmen des seit dem Lockdowns wahrnehmbaren Digitalisierungsschubs eine nachhaltige Verschlankung administrativer Prozesse.

Die GLP fordert eine nachhaltige, krisenresistente Finanzpolitik für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsstandort Zürich, dies bedeutet ein proaktives Ressourcenmanagement. Die GLP wird sich mit innovativen und nachhaltigen Impulsen weiterhin für eine attraktive und wachsende Stadt mit enkelfitter Infrastruktur und Finanzlage einsetzen. Für die nächsten Jahre ist Krisenresistenz die oberste Devise – wir sind bereit dafür, ist es der Stadtrat auch?